

Zu den Ergebnissen
und Auswirkungen der
44. US-Präsidentenwahl

Beflügelter Wahlsieg

Norbert Wagner

Ein historisches Ereignis! Wohl selten traf diese Einordnung einer Wahlentscheidung besser zu als auf die Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. 43 Jahre nach der Verabschiedung des *Voting Rights Act* (1965), der die Diskriminierung der schwarzen Amerikaner beim Wahlrecht beendete, wurde ein *African-American* zum US-Präsidenten gewählt.

Schon in der Wahlnacht war zu spüren, wie sehr diese Wahlentscheidung die Menschen bewegte. Anders als bei früheren Wahlen gingen unzählige Menschen auf die Straßen. Schwarze, Weiße und Hispanics umarmten sich und feierten gemeinsam, schwenkten die Flagge der USA. In Chicago, dem Heimatort von Obama, feierten über 250 000 Menschen ihren neuen Präsidenten. Auch in den Tagen nach dem Wahltag vermittelten die Amerikaner den Eindruck, sie alle hätten gewonnen, das Land habe gewonnen, ja die ganze Welt habe gewonnen. Die Bilder aus Afrika, insbesondere Kenia, und aus Indonesien bestärkten diesen Eindruck. Selbst bei treuen Anhängern von John McCain ist kaum Bitterkeit über die Niederlage zu verspüren. Vielmehr sind auch sie alle ein wenig stolz. Nur in den USA ist solch eine Karriere vom vaterlosen jungen Schwarzen zum Harvard-Studenten, vom *Community Organizer* zum State-Senator und schließlich vom kurzzeitigen US-Senator zum Präsidenten der Vereinigten Staaten möglich. *America is back* und will dem Anspruch wieder gerecht werden, Führungsnation zu sein.

Barack Obama gewann gegen John McCain deutlich, sowohl bei den abgegebenen Stimmen (52,9 Prozent zu 45,7 Prozent) als auch bei den Wahlmännerstimmen (365 zu 173). Was sich schon in den Vorwahlen abzeichnet hat, galt auch bei den Wahlen. Obama konnte seine Wähler besser mobilisieren als seine jeweiligen Gegner. Insbesondere die 18- bis 29-Jährigen (66 Prozent), aber auch jene zwischen 30 und 44. Nur die über 60-Jährigen stimmten überwiegend für McCain (61 Prozent). Frauen stimmten zu 56 Prozent für Obama, Männer indes nur zu 48 Prozent. 95 Prozent der Schwarzen gaben Obama ihre Stimme, 67 Prozent der Hispanics, 62 Prozent der Asiaten. Weiße bevorzugten zu 55 Prozent McCain. Natürlich stimmten 89 Prozent der Demokraten für Obama und 89 Prozent der Wähler, die sich als „liberal“ (das heißt im amerikanischen Sprachgebrauch „links“) bezeichnen. Aber auch sechzig Prozent jener Wähler, die sich als „Moderate“ einstufen. Selbst zwanzig Prozent der Wähler, die sich als „Konservative“ bezeichnen, stimmten für Obama und neun Prozent der republikanischen Wähler. Obama gewann die jüdischen Wähler (zu 78 Prozent), die Katholiken (zu 54 Prozent), lag aber deutlich zurück bei den Protestanten (45 Prozent) und den Evangelikalen (41 Prozent).

John McCains „uphill battle“

John McCain hat indes ein besseres Ergebnis erzielt, als viele seiner Anhänger erwartet hatten. Von Anfang an kämpf-

te McCain einen nahezu aussichtslosen Kampf. Über achtzig bis neunzig Prozent der Bevölkerung waren zu Beginn und während des Wahlkampfes davon überzeugt, das Land treibe in die falsche Richtung. Eine Richtungsänderung, *change*, sei dringend erforderlich. Nur noch rund ein Drittel der Wähler war mit der Amtsführung von Präsident George W. Bush zufrieden. Selbst die konservativen Wähler lasteten ihm beispielsweise an, dass seine Budgetpolitik völlig aus dem Ruder gelaufen war und keineswegs den Grundsätzen eines *fiscal conservative* entsprach. McCain konnte sich von diesem „Erbe“ kaum distanzieren. Obama nutzte diese Schwäche und stellte McCain immer wieder als John „McSame“ hin.

McCain war aber auch Opfer seines eigenen Erfolges. Schon bald nach Beginn des Irakkrieges kritisierte er die US-Straategie und verlangte Korrekturen, beispielsweise zusätzliche Soldaten einzusetzen. Nachdem diese Aufstockung umgesetzt worden war und Erfolge gezeigt hatte, verlor das Thema Irakkrieg im Präsidentenwahlkampf zunehmend an Bedeutung. Zu Beginn der Vorwahlperiode hatte es noch an oberster Stelle der Prioritätenliste gestanden. In der heißen Phase des Präsidentenwahlkampfes spielte es kaum noch eine Rolle. John McCain hatte sich gewissermaßen seines wichtigsten Wahlkampfthemas beraubt. Denn die überwiegende Mehrheit der Wähler maß ihm gerade auf dem Felde der Außen- und Sicherheitspolitik deutlich größere Kompetenz zu als Barack Obama.

Den härtesten Stoß erfuhren die Wahlchancen von John McCain durch den Ausbruch der internationalen Finanzkrise. Die Wähler trauten Barack Obama eher zu, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen und die Krise zu meistern. Durch eigenes erratisches Verhalten trug McCain zusätzlich zur Verwirrung der Wähler bei. Zwischen der Republican National Convention Anfang September

2008 bis zum Ausbruch der Finanzkrise (Zusammenbruch von Lehman Brothers) lag John McCain in den Umfragen teils deutlich vor Barack Obama. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise Mitte September 2008 nahmen die Umfragewerte für John McCain die gleiche Richtung wie Kurse auf den internationalen Aktienmärkten.

Risikokandidatin Sarah Palin

Während Vizepräsidentenkandidat Joe Biden den Wahlausgang kaum beeinflusst haben dürfte, gewann Sarah Palin größte Aufmerksamkeit in Medien und Öffentlichkeit. Die Nominierung von Biden diente vor allem dazu, die Schwäche Obamas auf dem Felde der Außen- und Sicherheitspolitik abzudecken. Allerdings beraubte sich Obama mit seiner Nominierung des Arguments, frischen Wind nach Washington bringen zu wollen.

Die Nominierung von Sarah Palin dagegen beraubte McCain des Arguments, Barack Obama sei unerfahren und deshalb nicht fit für das Amt des Präsidenten. Denn viele fragten sich natürlich angesichts des Alters von John McCain, ob Sarah Palin in der Lage sei, das Amt gegebenenfalls zu übernehmen. Durch zwei missglückte Interviews verstärkte sie diese Befürchtungen.

Dennoch war Sarah Palin für die Kampagne von John McCain von großer Bedeutung. Im Sommer 2008 hatte die Wahlkampagne von McCain beträchtlich an Schwung verloren. Die konservative Basis stand nicht geschlossen hinter ihm, sein Wahlkampf hatte keine eingängige, positive Botschaft. Obama inszenierte ein grandioses Theater bei der Democratic Convention in Denver. McCain plante, Joe Lieberman zu seinem VP-Kandidaten zu machen. Die Granden der Republikanischen Partei machten ihm daraufhin klar, dass dies zu einem Aufruhr in der konservativen republikanischen Basis führen werde.

Die Nominierung von Sarah Palin elektrisierte die Partei. Die Begeisterungsstürme für Sarah Palin bei der Republican National Convention in St. Paul waren größer als für John McCain. Ihre Nominierung weckte auch das Interesse der Medien und unter Wählerinnen, die zuvor für Hillary Clinton gestimmt hatten. Die Umfragewerte für das Ticket McCain/Palin gingen nach oben. Die Nominierung von Sarah Palin gab der Kampagne von McCain wieder Schwung. Die Fernsehdiskussion Palin/Biden lockte mehr Zuschauer an als bisher jemals eine Debatte der Vizepräsidentenkandidaten.

So wie Palin Begeisterungsstürme bei der konservativen Basis auslöste, wuchs die Ablehnung bei der „liberalen“ Öffentlichkeit. Eine Frau in der Politik, die sich nicht scheut, konservative Werte zu propagieren und auch vorzuleben (ihr jüngstes Kind ist behindert) – das passte nicht in die Vorstellungswelt vieler Kommentatoren. Ihr Eintreten gegen Abtreibung und gegen *gay-marriage* war das genaue Gegenteil dessen, was man offenbar von einer Frau in der Politik erwartete. Leider wurde Sarah Palin von der Kampagne auch schlecht gemanagt. Rasch schossen sich die liberalen Medien auf Sarah Palin ein. Für sie war eine Vizepräsidentin, die gegen Homosexuellen-Ehe und gegen Abtreibung ist, eine Horrorvorstellung.

John McCain wusste, dass er mit der Nominierung von Sarah Palin ein Risiko einging. Aber auch mit einem anderen VP-Kandidaten hätte er die Wahl nicht gewinnen können.

Breite Mehrheit im Kongress

Der Sieg der Demokratischen Partei wird vervollständigt durch die Ergebnisse bei den Kongresswahlen: Senat (58 zu 41), Zugewinn der Demokraten 7, und im Repräsentantenhaus (256 zu 177), Zugewinn der Demokraten 20. Das Ergebnis des Rennens um einen Senatssitz in Minnesota ist noch immer offen. Allerdings

blieb das Ergebnis der Kongresswahlen hinter den Hoffnungen der Demokraten zurück. Sie hätten gern im Senat die Schwelle von sechzig Senatoren erreicht, damit Abstimmungen nicht durch „Filibustern“ verhindert werden können. Auch der Zugewinn von zwanzig Sitzen im Repräsentantenhaus bleibt hinter den hochgesteckten Erwartungen der Demokraten beziehungsweise den Befürchtungen der Republikaner zurück.

Dennoch gehen die Demokraten auch aus den Kongresswahlen gestärkt hervor, kann der neue Präsident auf sichere Mehrheiten im Senat und im Repräsentantenhaus zählen. Grundsätzlich kann das die Verabschiedung von Gesetzesvorhaben und die Anhörung und Entscheidung bei der Nominierung von Kabinettsmitgliedern und anderen herausgehobenen Positionen der neuen Administration beschleunigen. Eine gestärkte demokratische Mehrheit im Kapitol wird aber auch vermehrt dazu neigen, eigene Positionen und Initiativen zu entwickeln. Es wird vor allem vom Geschick des neuen Präsidenten im Umgang mit dem Kongress abhängen, wie reibungslos die Zusammenarbeit funktioniert. In diesem Zusammenhang wird der neu ernannte *Chief of Staff* des Weißen Hauses, Rahm Emanuel, eine Schlüsselrolle spielen.

Das neue Team

President-elect Barack Obama steht in den nächsten Wochen vor einer Vielzahl wichtiger Entscheidungen: Er muss möglichst rasch sein Team zusammenstellen und Schlüsselposten besetzen, ein Paket zur Stimulierung der Wirtschaft auf den Weg bringen, die in ihn gesetzten Erwartungen kontrollieren und zurückschrauben, aber auch einige seiner Wahlversprechen wahrnehmen. Mit der Berufung von Rahm Emanuel hat Barack Obama einen seiner zukünftig wichtigsten Berater benannt. Kurz darauf hat er sein Wirtschaftsteam vorgestellt und damit deut-

lich gemacht, dass für ihn die Stabilisierung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Finanzkrise oberste Priorität besitzen. Die Zusammensetzung des Wirtschaftsteams könnte kaum hochkarätiger sein.

Gleichermaßen gilt für die Benennungen für Positionen auf dem Felde der Außen- und Sicherheitspolitik, wobei natürlich die Benennung von Hillary Clinton als *Secretary of State* besonders hervorsticht. Aufmerksamkeit verdienen auch die Nominierungen von Tom Daschle für das Amt des *Secretary of Health and Human Services* und Physik-Nobelpreisträger Steven Chu für das Amt des *Energy Secretary*.

Die bisherigen Nominierungen zeigen, dass Barack Obama darauf setzt, die fähigsten und prominentesten Köpfe in sein Team zu integrieren. Das entspricht seinem Führungsstil: möglichst viel Sachverstand um sich zu versammeln und als Basis für seine Entscheidungen zu nutzen. Dabeischeut sich offenbar nicht, Politiker um sich zu sammeln, deren ausgeprägtes Selbstbewusstsein auch Anlass für interne Reibungen geben könnte. So wird es interessant sein zu verfolgen, wie der Außenpolitiker und Vizepräsident Joe Biden, *Secretary of State* Hillary Clinton und *National Security Advisor* Jim Jones ihre Aufgaben koordinieren. Auch das Feld der Wirtschaftsexperten und -berater im Obama-Team ist eng besetzt.

Kaum lösbare Aufgaben

Barack Obama ist bewusst, dass die Bekämpfung der Folgen der internationalen Finanzkrise keine Verzögerung erlaubt und seine erste und wichtigste Aufgabe ist. Er hoffte, dass noch der alte Kongress ein weiteres „Stimulus-Paket“ verabschieden würde. Nach dem Scheitern des *Bail-outs* für die US-Automobilindustrie ist dies indes eher unwahrscheinlich. Obama hat bereits angekündigt, nach seinem Amtsantritt ein groß angelegtes „Stimulus-Paket“ in Form von Infrastrukturinvestitionen aufzulegen.

Insgesamt steht Barack Obama auf wirtschaftlichem Gebiet vor kaum lösbarer Aufgaben. Die Bush-Regierung und die von Demokraten und Republikanern gemeinsam beschlossenen zahlreichen Stimulus- und *Bail-out*-Pakete haben tiefe Spuren im Haushalt hinterlassen. Das Haushaltsdefizit 2008 wird mehr als 455 Milliarden US-Dollar (CBO, November 2008) betragen (3,2 Prozent des BSP). Die Staatsverschuldung ist auf 10 600 Milliarden US-Dollar angewachsen. Im Wahlkampf hat Obama Steuersenkungen für 95 Prozent der Einkommensbezieher (mit Einkommen bis zu 250 000 US-Dollar) versprochen. Bezieher höherer Einkommen sollten stärker belastet werden. Außerdem will er verschiedene Steuern erhöhen (zum Beispiel *capital gains tax*). Infrastrukturprogramme sollen die Wirtschaft ankurbeln. Die Automobilindustrie verlangt Überlebenshilfe. Die Krankenversicherung soll erweitert werden (zum Beispiel sollen alle Kinder abgedeckt werden).

All das wird nur bei einer weiteren drastischen Erhöhung der Staatsverschuldung möglich sein. Oder aber Barack Obama muss (vorläufig) Abstriche an seinen Wahlversprechungen machen. Vorschläge, das Haushaltsdefizit durch Ausgabebeschränkungen zu verringern, sind bisher noch rar.

Die Euphorie, die schon während seines Wahlkampfes zu verspüren war, und die Begeisterung, die sein Wahlsieg ausgelöst hat, haben die Erwartungen an den zukünftigen Präsidenten ins Unermessliche steigen lassen. Es bedarf nun großen Geschicks, diese Erwartungen zu kontrollieren, zu dämpfen und auf einen längeren Zeithorizont zu verteilen. Gleichzeitig muss Barack Obama aber beweisen, dass er den versprochenen Wandel nach Washington bringt, dass sich Washington durch seine Präsidentschaft verändert und zumindest ein Teil seiner Wahlversprechen auch umgesetzt wird.

Auch bei der Frage des Truppenabzugs aus dem Irak dürfte das für ihn nicht einfach sein. Obama hat seit Beginn des Wahlkampfes immer wieder betont, dass er von Anfang an gegen den Irak-Krieg gewesen sei und innerhalb weniger Monate aus dem Irak abziehen werde, falls er gewählt werde. Mit dieser Position hat er sich gegen Hillary Clinton und dann gegen John McCain durchgesetzt.

Zum Ende seines Wahlkampfes spielte der Irak-Krieg indes nur noch eine untergeordnete Rolle. Deshalb dürfte den meisten seiner Wähler entgangen sein, dass Barack Obama zwischenzeitlich seine Position modifiziert hat. Abzug aus dem Irak ja, aber eventuell weniger rasch (*measured*). Außerdem solle dort eine starke Präsenz des US-Militärs verbleiben, mitunter war von fünfzig- bis siebzigtausend Soldaten die Rede. Barack Obama wird auch bei seinem Besuch im Irak im Sommer 2008 bewusst geworden sein, dass die USA nicht einfach aus dem Irak abziehen und den Irak und die Region ihrem Schicksal überlassen können. General Petraeus dürfte ihm dies eindringlich geraten haben.

Schwerpunkte bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sind für Barack Obama Afghanistan und Pakistan. Dorthin wird er zusätzliche Brigaden senden, die im Irak frei werden. Obama hofft, dass die übrigen NATO-Alliierten ihn in seiner Strategie unterstützen und ebenfalls ihre Anstrengungen in Afghanistan erhöhen werden. Nicht unbedingt durch das Entsenden zusätzlicher Soldaten, sondern auch durch verstärkte zivile Programme und Entwicklungshilfe. Den Experten, die Obama beraten, ist bewusst, dass für einen Erfolg in Afghanistan (und Pakistan) das Ziel des Einsatzes neu bestimmt werden und eine neue Strategie angewendet werden muss. Obama wird die Alliierten stärker konsultieren und einbinden. Mehr Mitsprache bedeutet dann aber auch mehr Mitverantwortung.

Einen vorderen Platz auf der außen- und sicherheitspolitischen Prioritätenliste des neuen Präsidenten nimmt außerdem der Iran ein. Auch Barack Obama ist fest entschlossen zu verhindern, dass der Iran in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangt. Sicher wird er sich nicht, wie während des Vorwahlkampfes einmal unbedacht geäußert, ohne Vorbereidungen mit dem iranischen Präsidenten zu Verhandlungen treffen. Aber er wird Gespräche auf mittlerer Ebene aufnehmen lassen. Angesichts drastisch sinkender Erdölerlöse und einer immer prekärer werdenden wirtschaftlichen Situation im Iran sowie der im nächsten Jahr anstehenden iranischen Präsidentenwahlen könnten die Voraussetzungen für solche Verhandlungen günstig sein.

Zukünftige Russlandpolitik

Schließlich wird sich Barack Obama rasch mit der Gestaltung des künftigen Verhältnisses zu Russland befassen müssen. Mit der Ankündigung am Tag nach Obamas Wahl, im Gebiet Königsberg Kurzstreckenraketen aufzustellen zu wollen, hat Russland den denkbar schlechtesten Einstand gewählt. Man fragt sich, war es Dummheit oder Chuzpe? Die Einlassung von Präsident Medwedew während seines Aufenthaltes in Washington zum G-20-Gipfel, man sei sich bei der Ankündigung nicht bewusst gewesen, dass sie am Tag nach der US-Präsidentenwahl erfolgt sei, macht die Angelegenheit nur noch schlimmer.

Wichtigster Russland-Berater von Barack Obama ist Michael McFaul. Sollte er die zukünftige Russlandpolitik mitbestimmen, werden die Verhandlungen mit Russland nicht einfacher werden. In einer Anhörung im Senat im September 2008 plädierte er für eine neue Strategie: „Instead of business as usual or isolation, the United States must navigate a third, more nuanced, more complicated, and more comprehensive strategy that seeks to bol-

ster our allies and partners, check Russian aggression, and at the same time deal directly with the Russian government on issues of mutual interest. The long term goal of fostering democratic change and keeping the door of Western integration open for countries in the region, including Russia, must not be abandoned. American foreign policy leaders have to move beyond tough talk and catchy phrases and instead articulate a smart, sustained strategy for dealing with this new Russia, a strategy that advances both our interests and values."

Eine konkrete Möglichkeit, Russland verstkt in Verhandlungen einzubinden, könnte unter anderem in einer neuen Runde von Abrüstungsverhandlungen mit Russland bestehen. Ziel ist zum einen, die Gefahr der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen zu verringern, zum anderen aber auch, die Möglichkeit zur Modernisierung veralteter Nuklearwaffen zu eröffnen. Der ehemalige Senator Sam Nunn spielt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle.

Ein wichtiges außen- und sicherheitspolitisches Datum ist der NATO-Gipfel April 2009. Auch eine Administration Obamas dürfte von dem Ziel Mitgliedschaft auf Probe für Georgien und die Ukraine kaum abrücken, auch wenn man sich des Widerstands der Westeuropäer bewusst ist. Westeuropa muss sich auf Fragen einstellen, welche Rolle die NATO zukftig spielen soll und welche Rolle die Europäer selbst darin übernehmen wollen.

Grundstlich ist zu erwarten, dass Präsident Barack Obama in allen sicherheits- und außenpolitischen Fragen vor allem die europäischen Alliierten konsultieren und einbinden wird. Es entspricht seinem Wesen und seiner Prigung, alle Beteiligten zurate zu ziehen und einen Konsens herzustellen, bevor er ein Problem in Angriff nimmt. Mehr Mitspra-

che für die Verbündeten bedeutet aber auch mehr Mitverantwortung. Präsident Obama wird nicht zögern, diese Mitverantwortung auch einzufordern. Besonders auf Deutschland werden sich dabei die Erwartungen der neuen Administration richten.

Gre in der Niederlage

Angesichts der Ausgangsbedingungen hat John McCain ein gutes Wahlergebnis erzielt. Die große Mehrheit der Bevkerung war der Überzeugung, das Land steuere in die falsche Richtung. Präsident Bushs Popularit war an einem Tiefpunkt angelangt. Die Stimmung in der Bevkerung stand auf Wechsel.

Auch finanziell konnte McCain mit Obama niemals mithalten. Barack Obama gab für seinen gesamten Wahlkampf rund siebenhundert Millionen US-Dollar aus, John McCain nur rund die Hälfte. Obama verfügte über weitaus mehr freiwillige Helfer als McCain. Auch in den Medien genoss Obama deutlich grere Unterstützung.

Der Wahlkampf endete mit einem insgesamt großartigen und versöhnlichen Moment und in einem Stil, der für die amerikanische Demokratie spricht. John McCain hielt eine *Concession Speech*, die wohl die beste Rede seines gesamten Wahlkampfes war: „This is an historic election. I recognise the special significance it has for African-Americans, for the special pride that must be theirs tonight ... The man who was my former opponent and will be my President ... I urge all Americans who supported me to join me in not just congratulating him but offering our next president our goodwill and earnest effort to find ways to come together. Whatever our differences, we are fellow Americans.“

Ebenso verhielt sich Barack Obama, der bei seinem Sieg den unterlegenen Gegner nobel wrdigte.